

Ist der Globale Süden bereit, die UNO zu reformieren?

Kann eine rechnerische Mehrheit zu einer politischen Kraft werden?



1. Oktober 2026 | Lorenzo Maria Pacini

In Krisenzeiten ganz vorn, bei Entscheidungen ganz hinten

Am 22. September 2026 brachte Subrahmanyam Jaishankar am Rande der 81. Sitzung der Generalversammlung in New York die Minister jener Länder zusammen, die die indische Diplomatie als Gruppe „gleichgesinnter und befreundeter“ Länder des Globalen Südens bezeichnet. Das gewählte Thema hatte den Charakter eines Manifests: „Gemeinsam in eine bessere Zukunft – überzeugende Argumente für einen gestärkten Globalen Süden.“ In seiner Eröffnungsrede gab der Minister den Ton an, der diese Sitzung prägen sollte. Der Globale Süden sitzt in der ersten Reihe, wenn es um die Krisen der Welt geht, und in den hinteren Reihen, wenn es darum geht, zu entscheiden, wie diese bewältigt werden sollen – denn die Institutionen, die für eine andere Ära geschaffen wurden, spiegeln weiterhin die Machtverhältnisse jener Zeit wider.

Zehn Tage zuvor hatte Narendra Modi in Neu-Delhi den 18. BRICS-Gipfel mit schärferen Worten eröffnet. Globale Governance, so beschrieb er es, nehme die Form einer „Pyramide der Privilegien“ an, und eine Reform des Sicherheitsrats könne nicht länger aufgeschoben werden; es seien feste Fristen und überprüfbare Ergebnisse erforderlich. Auf Nachfrage räumte der Sprecher des Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, ein, dass die Vertretung der Entwicklungsländer in den Gremien, in denen globale Regeln festgelegt werden, unzureichend sei und dass diese Gremien – vom Sicherheitsrat bis hin zu den Finanzinstitutionen – das Jahr 2026 widerspiegeln sollten und nicht mehr das Jahr 1945.

Drei Ereignisse in weniger als zwei Wochen verändern die Struktur der Charta nicht einmal um einen Millimeter. Sie reichen jedoch aus, um das auf diesen Seiten dargelegte Argument zu formulieren. Bei der Reform der Vereinten Nationen geht es mittlerweile eher um Legitimität als um Effizienz, und die Legitimität einer Organisation, die auf der „souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“ (Art. 2 Abs. 1 der Charta) beruht, hängt nun von der Mehrheit ab, die diese Organisation ausmacht. Die aktive Rolle des Globalen Südens ist im strengsten Sinne notwendig: Ohne sie hat die Reform weder eine treibende Kraft noch ein Kriterium, das sie rechtfertigt. Mit ihr fehlt ihr, wie wir sehen werden, dennoch ein Instrument zu ihrer Durchsetzung.

Die Arithmetik von 1945

Im Jahr 1945 gab es 51 Gründungsmitglieder; heute sind es 193. Der Sicherheitsrat wurde nur ein einziges Mal erweitert, und zwar durch die Resolution 1991 A (XVIII) von 1963, die 1965 in Kraft trat und die Zahl der Sitze von elf auf fünfzehn erhöhte, wobei ausschließlich gewählte Mitglieder hinzukamen. Die fünf ständigen Sitze – und mit ihnen das in Artikel 27 Absatz 3 vorgesehene Vetorecht – sind nach wie vor den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs vorbehalten. Das Ergebnis spricht für sich. Afrika, mit 54 Mitgliedstaaten und einem erheblichen Anteil der auf seinem Territorium stattfindenden Friedenssicherungseinsätze, verfügt über keinen einzigen ständigen Sitz. Ebenso wenig wie Lateinamerika und die Karibik. Asien, in dem mehr als die Hälfte der Menschheit lebt, wird dort allein durch China vertreten.

Der Revisionsmechanismus ist darauf ausgelegt, diesen Status quo zu bewahren. Artikel 108 schreibt eine Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung sowie die Ratifizierung durch zwei Drittel der Mitglieder vor, „einschließlich aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats“: Jedes der fünf Mitglieder verfügt somit neben einem politischen Veto auch über ein verfassungsrechtliches Veto. Seit 2009 wird die Diskussion im Rahmen der durch die Resolution 62/557 der Generalversammlung ins Leben gerufenen zwischenstaatlichen Verhandlungen (IGN) geführt, die seitdem jedes Jahr mit einer [Verlängerungsresolution](#) abgeschlossen wurden. Der kenianische Präsident William Ruto [erinnerte](#) vor einigen Tagen vom Podium der Generalversammlung daran und fügte eine Bemerkung hinzu, die mehr aussagt als viele Analysen: Siebzehn Jahre später dauern die Verhandlungen immer noch an.

Als die UNO Reformen durchführte, blieb die Machtverteilung dabei unverändert. Das 2017 von António Guterres vorgestellte Paket – das vom Forschungsdienst des Europäischen Parlaments geprüft wurde – konzentrierte sich auf Entwicklung, Regierungsführung, Frieden und Sicherheit und ging auf Kritikpunkte hinsichtlich mangelnder Rechenschaftspflicht, Transparenz und Wirksamkeit ein; in dem Bericht wurde zudem angemerkt, dass sich gerade der Begriff „Reform“ für die Mitgliedstaaten als problematisch erwiesen hatte, eben weil keine Einigkeit über dessen Bedeutung herrschte. Nichts in diesem Vorschlag betraf die Zusammensetzung der Entscheidungsgremien.

Die im März 2025 ins Leben gerufene [UN80-Initiative](#) folgte demselben Konzept unter noch schlechteren Bedingungen: Kürzungen im Haushalt des Sekretariats, Überarbeitungen von Mandaten und Zusammenlegungen von Büros – all dies inmitten einer Liquiditätskrise, die durch ausstehende Beiträge verursacht wurde. Die Verwaltungsreform schreitet voran, weil sie nichts umverteilt. Die politische Reform bleibt aus dem gegenteiligen Grund ins Stocken geraten.

Entstehungsgeschichte einer Forderung

Der Globale Süden entdeckt die Vereinten Nationen nicht erst jetzt als Schauplatz des Kampfes. Dena Freeman hat [aufgezeigt](#), dass sich die Länder des Südens bereits seit den 1960er Jahren – lange bevor der Begriff in den akademischen Diskurs Einzug hielt – als global verortetes Subjekt verstanden haben und dass die Gruppe der 77 ihre Probleme konsequent auf die Ungerechtigkeit der internationalen Ordnung zurückgeführt und versucht hat, diese durch internationales Recht und multilaterale politische Prozesse zu korrigieren. Die Bandung-Konferenz von 1955, die Gründung der Gruppe der 77 im Jahr 1964 und die Erklärung zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung von 1974 (Resolution 3201 S-VI) bilden eine kontinuierliche Linie. Die Erklärung von Neu-Delhi bekräftigt dies ausdrücklich: Der Verweis auf Bandung ordnet die BRICS in die Tradition des Antikolonialismus ein, nicht in die des Wettbewerbs zwischen Großmächten.

Was hat sich also seit den Tagen der NIEO verändert? Zwei Dinge, und keines davon ist bloße Rhetorik. Das erste ist der wirtschaftliche Einfluss. Nach [Angaben](#) des Instituts für Südasiastudien in Singapur entfallen auf die erweiterte BRICS-Gruppe etwa 37 Prozent des globalen BIP und 54 Prozent der Weltbevölkerung. Die G77 der 1970er Jahre verfügte in der Generalversammlung lediglich über zahlenmäßige Stärke und sonst wenig; der Globale Süden des Jahres 2026 verfügt zudem über industrielle Kapazitäten, Reserven und kostengünstige Technologien.

Die zweite Entwicklung ergibt sich aus der ersten: die Existenz institutioneller Alternativen, von der Neuen Entwicklungsbank über Zahlungssysteme in nationalen Währungen bis hin zu regionalen Foren. Die NIEO forderte den Norden auf, die Regeln zu ändern. Der heutige Globale Süden kann sogar neue Regeln verfassen, und diese Möglichkeit verleiht seiner Forderung nach Reformen neues Gewicht. Wer weggehen kann, verhandelt anders als derjenige, der keine Wahl hat.

Eine Anfang 2026 veröffentlichte Studie über den Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des Südens und der Reform der Vereinten Nationen bietet einen nützlichen Analyserahmen. Erfolgreiche Beispiele für multilaterale Anpassungsmaßnahmen, wie das Pariser Abkommen, hatten eines gemeinsam: Sie erforderten eine universelle Beteiligung, einen inklusiven Verfahrensansatz, die Mobilisierung der Zivilgesellschaft sowohl im Norden als auch im Süden sowie eine gemeinsame wissenschaftliche Grundlage.

Keine dieser Voraussetzungen ist auf der Tagesordnung des Sicherheitsrats zu finden, wo es um die Verteilung einer knappen Ressource geht – der Macht, über Krieg und Frieden zu entscheiden – und wo jeder Gewinn für einen Akteur einen Verlust für einen anderen bedeutet. Deshalb muss die Führungsrolle des Südens dort eine andere Form annehmen als die bloße Teilnahme.

Neu-Delhi: Was in der Erklärung steht – und was sie auslöst

Die am 12. September 2026 zum Abschluss der Plenarsitzung im kleinen Kreis einstimmig verabschiedete Erklärung von Neu-Delhi umfasst 140 Absätze. Im Hinblick auf die Reform der Vereinten Nationen werden darin drei Ziele erreicht. Sie bekräftigt das Bekenntnis zu einer umfassenden Reform der Organisation, einschließlich der Ausweitung der Vertretung der Entwicklungsländer im Sicherheitsrat. Sie würdigt die Bestrebungen der afrikanischen Staaten, wie sie im Ezulwini-Konsens und in der Sirte-Erklärung zum Ausdruck kommen. Schließlich vermerkt sie die Unterstützung Chinas und Russlands für eine stärkere Rolle Brasiliens und Indiens innerhalb des UN-Systems, „einschließlich des Sicherheitsrats“. Zusammengenommen bilden die der Steuerung gewidmeten

Absätze eine kohärente Strategie: im multilateralen System zu verbleiben und dessen interne Hierarchie neu zu gestalten.

Der Wortlaut muss jedoch genau unter die Lupe genommen werden, denn hier wird die Kluft zwischen Rhetorik und Engagement deutlich. Eine „größere Rolle“ ist kein ständiger Sitz. Die Formulierung spiegelt die früheren Erklärungen wider, und die Tatsache, dass ein von Indien geleiteter Gipfel nicht weiter ging, sagt viel über die Grenzen des internen Konsenses aus: Peking unterstützt Indiens Bestreben, mehr Gewicht zu erlangen, nicht jedoch dessen Wunsch, mit gleichen Befugnissen an seiner Seite zu sitzen. Der Ezulwini-Konsens fordert seinerseits mindestens zwei ständige Sitze für Afrika mit allen Vorrechten der derzeitigen Mitglieder – einschließlich des Vetorechts – sowie fünf nichtständige Sitze. Keines der beiden ständigen Mitglieder des BRICS-Clubs hat diese Position jemals in vollem Umfang unterstützt; die Erklärung „anerkennt“ diese Bestrebungen, was eine andere Sache ist.

Auch das, was der Text nicht erwähnt, ist von Bedeutung. Die Erklärung vermeidet es, selbst bei den heikelsten Themen Länder namentlich zu nennen, und erwähnt die USA mit keinem Wort – trotz eines Jahres, das vom Krieg gegen den Iran und der Zollpolitik Washingtons geprägt war. Dies ist eine methodische Entscheidung, die durch die Zusammensetzung des Blocks bedingt ist, der den Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate vereint: Das Treffen der Außenminister im Mai endete gerade wegen Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Westasien ohne eine gemeinsame Erklärung. Die institutionelle Reform wird somit automatisch zur Grundlage, auf der Konsens herrscht. Sie dient als einigende Kraft und schränkt gleichzeitig die Ambitionen ein, da ein verhandelbarer Vorschlag nicht auf dem aufgebaut werden kann, was sie verbindet – denn dies bleibt vage.

Daher die Bedeutung des von Modi vorgelegten Verfahrensvorschlags: Die Mitglieder sollen zehn gemeinsame Vorschläge zu den Themen Repräsentation, Reaktionsfähigkeit und Regelsetzung ausarbeiten, die bis zum nächsten Gipfel zu einem „BRICS-Reformfahrplan“ zusammengefasst werden sollen. Im Falle einer Umsetzung wäre es das erste Mal, dass der Block den Schritt von der Rhetorik zu einem konkreten Entwurf vollzieht. Es ist das greifbarste Ergebnis, das aus Neu-Delhi hervorgegangen ist, und zugleich dasjenige, das am ehesten beiseitegeschoben werden dürfte.

New York, September 2026: Der Globale Süden als Koalition

Das Kommuniqué des indischen Außenministeriums zum Treffen vom 22. September listet die gemeinsamen Anliegen der Teilnehmer auf: Konflikte, die die Nahrungsmittel- und Energiesicherheit beeinträchtigen, Schwankungen bei Handels- und Investitionsströmen, die Notlage von Seeleuten in Kriegsgebieten, extreme Wetterereignisse sowie Verzögerungen bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Die Minister stellten die Schwächung multilateraler Institutionen fest und forderten umfassende Reformen – in erster Linie der Vereinten Nationen –, da die anhaltenden Krisen den Globalen Süden unverhältnismäßig stark treffen. Das Treffen endete mit der Verpflichtung, gemeinsame Positionen zu festigen und auf eine ausgewogene, partizipative und gerechte Steuerungs-Architektur hinzuarbeiten.

Drei Ereignisse aus derselben Woche sagen mehr aus als die Pressemitteilung. Jaishankar [forderte](#) eine Umstellung auf schriftliche Verhandlungen innerhalb der IGN und argumentierte, dass diejenigen, die Veränderungen blockieren, die Organisation missbrauchen. Die CARICOM-Minister ver-

einbarten mit Neu-Delhi eine Zusammenarbeit bei der UN-Reform und unterstützten Indiens Kandidatur für einen nichtständigen Sitz für die Amtszeit 2028–29. Schließlich stellte Ruto einen Zusammenhang zwischen der Vertretung im Sicherheitsrat und der Reform der internationalen Finanzarchitektur her: Im Jahr 2024 beliefen sich die weltweiten Staatsschulden auf 102 Billionen US-Dollar, und die Entwicklungsländer zahlten – obwohl sie weniger als ein Drittel davon hielten – rund 1 Billion US-Dollar an Zinsen.

Diese letzte Zahl verdeutlicht, warum sich die Rolle des Südens nicht auf den Sicherheitsrat beschränken lässt. Für die meisten der über 130 Mitglieder der G77 ist die Frage des Vetorechts ein fernes Anliegen, während Kapitalkosten, Schuldendienst und der Zugang zu Klimafinanzierungen Themen sind, die jeden Staatshaushalt betreffen. Eine Reform, bei der vier oder sechs ständige Sitze für aufstrebende Mächte hinzukämen, würde die Situation der Mehrheit unverändert lassen. Der Globale Süden als Ganzes hat ein Interesse daran, politische Vertretung und Finanzreform miteinander zu verknüpfen; seine regionalen Mächte sind jedoch in erster Linie an Ersterem interessiert. Diese unterschiedlichen Prioritäten spiegeln sich in keiner offiziellen Erklärung wider, würden aber bei echten Verhandlungen unweigerlich zutage treten.

Drei zentrale Themen

Der erste Knackpunkt ist die interne Vertretung des Südens. Der Globale Süden ist eine Mehrheit, keine einheitliche Einheit. Innerhalb des Rates stehen sich mindestens drei Fraktionen gegenüber. Die G4 (Brasilien, Deutschland, Indien, Japan) fordert neue ständige Sitze. Das „Komitee der Zehn“ der Afrikanischen Union verteidigt den gemeinsamen Standpunkt von Ezulwini. Die Gruppe „Uniting for Consensus“ lehnt neue ständige Sitze ab und schlägt vor, lediglich die Kategorie der gewählten Mitglieder zu erweitern. Zu dieser Gruppe gehören Italien, Pakistan, Argentinien und Mexiko – also die Nachbarn und regionalen Rivalen von drei der antragstellenden Mitglieder.

Jede Kandidatur aus dem Globalen Süden stößt auf Widerstand innerhalb des Globalen Südens. „Uniting for Consensus“ präsentiert ihr [Modell](#) als dasjenige, das der seit 1963 bestehenden Unterrepräsentation des asiatisch-pazifischen Raums und Lateinamerikas am meisten Rechnung trägt; ein großer Teil der afrikanischen Staaten sieht darin jedoch einen Versuch, dem Kontinent die Gleichberechtigung zu verweigern. Keiner der drei Blöcke verfügt allein über die 129 Stimmen, die in der Generalversammlung erforderlich sind.

Der zweite Knackpunkt ist das Vetorecht. Die afrikanische Position fordert, dass es im Namen der Gleichberechtigung auch für neue ständige Mitglieder gelten soll; die G4 hat sich bereit gezeigt, dessen Umsetzung auf eine spätere Überprüfung zu verschieben; die fünf ständigen Mitglieder haben kein Interesse daran, es entweder auszuweiten oder einzuschränken, und Russland hat es offen als Bollwerk gegen die rücksichtslosen Initiativen der Organisation verteidigt. Hier gehen die Interessen der BRICS-Mitglieder strukturell auseinander. China und Russland sind die Hüter des Status quo, den der Rest des Blocks in Frage stellt, und ihr Bekenntnis zur Reformrhetorik endet an den Grenzen ihrer eigenen Privilegien. Von den fünf zu verlangen, für ihre eigene Schwächung zu stimmen, kommt – wie ich an anderer Stelle geschrieben habe – dem gleich, von einem Monopolisten zu verlangen, Gesetze gegen seine eigene Konkurrenz zu erlassen.

Das dritte Problem ist finanzieller Natur und stellt für den Globalen Süden sowohl ein Risiko als auch eine Chance dar. Für das Jahr 2026 hat der Generalsekretär eine Kürzung des regulären Haus-

halts um 15 Prozent und einen Personalabbau von fast 19 Prozent vorgeschlagen; zu Beginn des Jahres wurden 2.900 Stellen gestrichen. Das [Paradoxon](#) liegt auf der Hand, da die Organisation gerade dann schrumpft, wenn ihre Mehrheit mehr Einfluss innerhalb der Organisation fordert. Doch wer eine Institution finanziert, erhält das Recht, sie neu zu gestalten. Wenn die ausbleibenden Beiträge Washingtons die UNO stärker von anderen Gebern abhängig machen – angefangen bei China, dem zweitgrößten Beitragszahler zum regulären Haushalt –, verschiebt sich der Schwerpunkt in den Verhandlungen. Für den Globalen Süden stellt sich die Frage, ob diese Verschiebung zu einer stärkeren Vertretung oder lediglich zu einem neuen Gönner führen wird.

Drei Wege: innerhalb, darüber hinaus oder daneben

Der erste Weg führt über Verhandlungen innerhalb der IGN. Der am 22. September 2024 verabschiedete „[Pakt für die Zukunft](#)“ legte mehrere Grundsätze fest:

- der Wiedergutmachung der historischen Ungerechtigkeit gegenüber Afrika durch dessen Behandlung als Sonderfall Vorrang einzuräumen;
- die Vertretung des asiatisch-pazifischen Raums, Lateinamerikas und der Karibik zu verbessern;
- die Bemühungen hinsichtlich der Frage der Mitgliedschaftskategorien zu intensivieren und
- auf ein konsolidiertes Modell hinzuarbeiten.

Dies stellt den höchsten Konsens dar, der jemals in einem gemeinsam verabschiedeten Text verzeichnet wurde. Es handelt sich dabei, wie Joseph Preston Baratta anmerkt, eher um ein Dokument der Bekräftigung als der Transformation: Kleine und mittlere Staaten – die die überwiegende Mehrheit der Versammlung ausmachen – haben sich nicht hinter einer ehrgeizigen Agenda versammelt, da sie sich zur Einhaltung ihrer Zusagen zur Entwicklungshilfe und zu den [Zielen für 2030](#) verpflichtet hatten. Indiens Antrag auf einen Verhandlungstext ist die einzige Möglichkeit, diesen Konsens auf die Probe zu stellen. Ich halte es mit mäßiger Zuversicht für wahrscheinlich, dass auch die 81. Tagung mit einem weiteren Beschluss zur Verlängerung der aktuellen Charta enden wird.

Der zweite Weg umgeht die üblichen Verhandlungen. Artikel 109 der Charta sieht eine Generalkonferenz der Mitgliedstaaten zur Überarbeitung der Charta vor, die durch eine Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung und neun Mitglieder des Sicherheitsrats einberufen werden kann. Somit gilt das Veto nicht für die Einberufung der Konferenz. Baratta schlägt unter Rückgriff auf die Arbeiten von Mahmoud Sharei vor, dass eine Koalition kleiner und mittlerer Staaten diese Bestimmung – die noch nie angewendet wurde – als Druckmittel für eine umfassende Revision nutzt.

Die Einschränkung ist ebenso klar: Von der Konferenz beschlossene Änderungen treten erst nach Ratifizierung durch alle ständigen Mitglieder in Kraft (Artikel 109 Absatz 2). Artikel 109 umgeht das Veto nicht, macht jedoch dessen politische Kosten sichtbar, da er die fünf ständigen Mitglieder dazu zwingt, sich offen gegen einen von der Mehrheit gewünschten Prozess zu stellen, anstatt ihn im Rahmen der Verfahren der IGN seinen Lauf nehmen zu lassen. Für den Globalen Süden ist dies das einzige Rechtsinstrument, das zahlenmäßige Überlegenheit in Initiative umwandelt.

Der dritte Weg verläuft parallel dazu. Es handelt sich dabei um das, was ich an anderer Stelle als „notwendige Reform“ im Gegensatz zur „unmöglichen Reform“ bezeichnet habe: den Wandel, der

sich in Kreisläufen vollzieht, die sich der Kontrolle universeller Institutionen entziehen – von grenzüberschreitenden Zahlungen bis hin zu Entwicklungsbanken – und der letztendlich den internen Bereich an Bedeutung verlieren lässt. Dieser Weg fragt niemanden um Erlaubnis. Er ist jedoch mit Kosten verbunden, die der Globale Süden einkalkulieren muss: Eine ausgehöhlte UNO schützt die kleinen Nationen nicht, die das Völkerrecht und das universelle Forum weitaus dringender benötigen als die Großmächte. Peking, Moskau oder Neu-Delhi können sich eine Welt exklusiver Clubs leisten; Burundi oder Jamaika weitaus weniger.

Die drei Wege schließen sich nicht gegenseitig aus. Das plausibelste Szenario für die kommenden Jahre ist eines, in dem der dritte Weg voranschreitet, während der erste stagniert und der zweite als Drohbild in Reserve gehalten wird. Gerade in diesem Szenario wird die aktive Rolle des Südens notwendig – und nicht nur wünschenswert. Nur eine organisierte Mehrheit kann sicherstellen, dass äußerer Druck zu einer Reform der Organisation führt und nicht zu deren Aufgabe; und nur eine organisierte Mehrheit kann Artikel 109 zu einer glaubwürdigen Alternative zum Stillstand machen.

Diese Einschätzung beruht auf drei Annahmen: dass die fünf ständigen Mitglieder bei der Verteidigung des Vetorechts geeint bleiben; dass die Rivalität zwischen China und Indien anhält; und dass sich die USA weiterhin finanziell zurückziehen. Sollte die erste Annahme hinfällig werden – beispielsweise, wenn Washington oder Paris sich einer Einschränkung des Vetorechts öffnen würden –, würden Szenarien mit teilweisen Reformen wahrscheinlicher werden. Sollte sich die Rivalität zwischen Peking und Neu-Delhi nachhaltig abschwächen, würde die Frage des indischen Sitzes aufhören, das wichtigste interne Hindernis innerhalb des Blocks zu sein.

Nun steht eine weitere Bewährungsprobe bevor. Die Wahl des Nachfolgers von Guterres – dessen Amtszeit Ende 2026 ausläuft – wird zeigen, ob die regionale Rotation und die Forderung nach einer Vertretung des Globalen Südens selbst in dem undurchsichtigsten Verfahren des Systems Gewicht haben: jenem, bei dem der Sicherheitsrat eine Empfehlung ausspricht und die Generalversammlung diese bestätigt.

Eine Mehrheit, die zum Subjekt werden muss

Die Charta beginnt mit den Worten „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“. Die Völker des Globalen Südens bilden die überwiegende Mehrheit dieses „Wir“, und ihr Ausschluss aus dem Entscheidungszentrum ist keine länger hinnehmbare historische Anomalie mehr: Er ist der Punkt, an dem die Legitimität der Organisation zu bröckeln beginnt. Deshalb muss der Globale Süden in den Mittelpunkt rücken. Nicht, weil der Globale Süden über überlegene politische Tugenden verfügt, sondern weil kein anderer Akteur die Kombination aus Interesse, zahlenmäßiger Stärke und – mittlerweile – Alternativen besitzt, die erforderlich ist, um die UNO zu einer Reform zu zwingen.

Damit diese führende Rolle jedoch zu Ergebnissen führt, sind drei Schritte erforderlich, die bislang in keiner Erklärung aufgegriffen wurden.

- Der erste ist ein einheitliches Modell des Südens – oder zumindest ein Waffenstillstand zwischen der G4, Afrika und „Uniting for Consensus“ –, der auf dem Grundsatz beruht, dass eine Erweiterung stattfinden muss, bevor festgelegt wird, wer davon profitiert.

- Der zweite ist eine explizite Verknüpfung zwischen politischer Vertretung und Finanzreform, damit die Mehrheit der kleineren Staaten eigene Gründe hat, die Bestrebungen der größeren Staaten zu unterstützen.
- Der dritte Schritt ist der Einsatz alternativer Institutionen als Verhandlungshebel und nicht als Fluchtweg.

In Neu-Delhi erklärten die BRICS-Staaten, dass Reformen längst überfällig seien. In New York erklärte der Globale Süden, er sei bereit, diese einzufordern. Es bleibt abzuwarten, ob er sich auch so organisieren kann, um sie zu erreichen – das heißt, eine arithmetische Mehrheit in eine politische Kraft zu verwandeln. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um eine Rückkehr ins Jahr 1939 zu verhindern; der Globale Süden fordert, dass sie aufhören, dem Jahr 1945 zu ähneln. Zwischen diesen beiden Forderungen besteht kein Widerspruch. Es gibt lediglich diejenigen im Sicherheitsrat, die ein Interesse daran haben, die Menschen glauben zu machen, dass es einen solchen Widerspruch gibt.